

Stephen Mennell

Die us-amerikanische Heuchelei – Ein Erklärungsversuch

O, wad some Power the giftie gie us
To see oursels as others see us!
It wad frae monie a blunder free us
Robert Burns: *To a Louse*

Oh, gäbe eine Macht uns die Kraft
Uns zu sehen, wie andere uns sehen!
Das würde uns vor vielen Gefahren bewahren

Weltweit werden viele Menschen immer wieder über die Hybris der amerikanischen Außenpolitik, einschließlich ihrer neuesten Manifestation in der Ukraine-Krise, in Erstaunen versetzt. Sir Simon Jenkins formulierte dies im *Guardian* (2014), in etwas antikisierender Manier scharfsinnig treffend:

Wie könnte es jemand wagen einer großen Macht dafür zu vergeben über eine kleine mit roher Gewalt herzufallen und dies mit irgendwelchem Unsinn von Extremismus oder ›Verteidigungsverantwortung‹ zu rechtfertigen? Es sollte im 21. Jahrhundert keinen Raum in der Welt für ein solch zynisches Mobbing geben. Und wofür soll das im Übrigen gut sein? Nur, damit ein Testosteron-gesteuerter Leader mit Männlichkeitskomplex vor heimischem Publikum sich groß aufspielen kann? Solche Dinge sind völlig unakzeptabel. Dies muss seinen Preis und seine Konsequenzen haben!

Aber genug vom Irak! – Was ist mit der Ukraine?

Während hier keinesfalls die russische Intervention in die Ukraine oder Präsident Putin gerechtfertigt werden sollen, seien Polemik und kritische Fragen von Jenkins weitergeführt:

Hat kein irakischer, afghanischer, kosovaischer oder libyscher Geist über ihre Schultern geschaut? ... Die Besetzung der Ukraine war ein Dorfpest im Vergleich zum Leid und Weh, mit dem Bagdad und Belgrad, die Schlachtfelder von Falluja und Helmand, überzogen wurden. Und während die Westmächte ihre blutbefleckten Legionen in die Heimat zurück führten, wäre wohl ein Anflug von Demut angemessen gewesen.

Anscheinend aber nicht ...

Die Frage, vor die sich der Sozialwissenschaftler gestellt sieht, lautet: wie ein solcher Hochmut zu erklären sei – oder, neutraler formuliert: ein solches Defizit kollektiven Selbstgefühls, dieses intensive gemeinschaftliche Gefühl des Im-Recht-Seins bei den Westmächten und den USA. Im Alltag wird dies oft als Ausdruck des in den USA ausgeprägten Patriotismus, gemeinsam geteilter Werte (der drollige Dauerbrenner der amerikanischen Soziologie) verstanden und nicht zuletzt auch ihrer traditionellen, beharrenden Religiosität (s. Mennell, 2007, Kap. 11). Solche ›Scheinheiligkeit‹ gibt es jedoch keineswegs nur in den USA. Wie Norbert Elias in seinen Beobachtungen zur ›Dualität des nationalstaatlichen Normenkanons‹ ausführte:

Wie immer sie organisiert sein mögen, die meisten der souveränen, interdependenten Nationalstaaten, die zusammen die Machtbalance-Figuration des 20. Jahrhunderts bilden, bringen bei ihren Bürgern einen zweifachen Normenkanon hervor, dessen Forderungen in sich widersprüchlich sind: einen Moralkanon egalitären Charakters, abstammend vom Kanon aufsteigende Sektionen des *tiers état*, dessen höchster Wert der Mensch ist, das menschliche Individuum als solches, und einen nationalistischen Kanon, nicht-egalitären Charakters, abstammend vom machiavellistischen

Kanon der Fürsten und herrschenden Adelsgruppen, dessen höchster Wert ein Kollektiv ist, der Staat, das Land, die Nation, zu der ein Individuum gehört. (Elias, 2005 [1989]: 227).¹

Die für die Außenpolitik zuständigen Personen sind sich in den meisten Ländern, einschließlich der USA, dieser Duplizität moralischer und machiavellistischer Verhaltenskodizes vermutlich irgendwie bewusst – auch wenn sie nur den moralischen Diskurs für öffentlichkeitsgeeignet halten –, sie selbst sind jedoch von beiden Kodizes beeinflusst. Aber die Dualität ist im Fall der USA aufgrund ihrer Weltmachtposition besonders evident. Wie Johann Goudsblom treffend beobachtete, hat diese die USA gewissermaßen in die Lage versetzt, in den 1890er Jahren weiter zu existieren.² Und seit ihre hegemoniale Position im Abnehmen begriffen ist, beginnen ihre unablässigen brusttrommelnden Versicherungen von ihrer moralischen Tugendhaftigkeit und Überlegenheit dem Rest der Welt auf die Nerven zu gehen. Dies ist ein guter Grund den amerikanischen Fall näher zu untersuchen. Elemente seiner ›Scheinheiligkeit‹ können am besten am Beispiel des Sumpfes im Nahen Ostens untersucht werden; dazu wäre jedoch der Umfang eines Buches, nicht eines Artikels, vonnöten. Die aufgezeigten Hauptprinzipien und -prozesse lassen sich indes am Beispiel der Ukraine-Krise von 2014 verdeutlichen.

Der furor hegemonialis

Eine relativ einfache Erklärung für diesen ›Mangel an kollektivem Selbstgefühl‹ oder, positiv formuliert: für dieses Durchschlagen einer ›kollektiven Selbstgerechtigkeit‹, in den USA hat seinen Grund im typisch kurzen Horizont und dem Fehlen historischen Wissens bei ihren Politikern. Neben den von Simon Jenkins genannten Katastrophen jüngerer Datums könnte man darüber hinaus anführen, dass die USA im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte alles darangesetzt haben die der ehemaligen Sowjetunion angehörenden Staaten aus dem russischen Einflussbereich herauszulösen und in das amerikanische Empire³ zu überführen, und zudem Russland-feindliche Regierungen zu stärken (wo solche Einstellungen nicht ohnehin schon vorhanden waren).

Am 9. Februar 1990, nach dem Fall der Berliner Mauer und unmittelbar vor der deutsch-deutschen Wiedervereinigung, vereinbarten der sowjetische Regierungschef Mikchail Gorbachev, der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl und der US-Außenminister James Baker, dass die Truppen der Roten Armee aus Deutschland abgezogen werden und, im Gegenzug, die NATO-Truppen nicht weiter vorrücken sollten. Der Westen hielt sich aber nicht an diese Vereinbarung, möglicherweise auf der fadenscheinigen legalen Grundlage, dass die Sowjetunion sich in Auflösung befunden und daher der Gegenpart der Übereinkunft nicht mehr bestanden habe. Wahrscheinlicher ist aber, dass die Amerikaner aufgrund des desolaten Zustands Russlands in den 1990er Jahren schlicht davon ausgingen, dass sie damit durchkommen würden, wie sie auch sonst mit ihren doppelten Standards durchzukommen pflegten.

Viele Kommentatoren hätten es für klug befunden nach Auflösung des Warschauer Paktes die NATO ebenfalls abzuschaffen; aber sie war eben eine zu zentrale Institution des American Empire, wie ihr Einsatz in Afghanistan, ganz außerhalb ihres offiziellen Wirkungsbereichs, offen-

1 Stephen D. Krasner argumentiert ähnlich in seinem Buch *Sovereignty: Organized Hypocrisy* (1999). Viel hat sich im 21. Jahrhundert nicht geändert.

2 Im persönlichen Gespräch.

3 Die Amerikaner streiten im Allgemeinen immer noch ab, dass es ein amerikanisches Empire gibt. Das Versäumnis sich über das hegemoniale globale Bestreben des Landes klar zu werden, könnte erklären helfen, weshalb das Ergebnis als ein ›Imperium der Unwissenden‹ oder ein ›zusammenhangloses Imperium‹ beschrieben wurde – s. dazu Andrew Alexander (2011) und Michael Mann (2004). Noch gravierender wirkt sich dies für die wiederholte Unfähigkeit aus ›Rückschläge‹ der amerikanischen globalen Interventionspolitik zu antizipieren (2001, 2004, 2006).

barte.⁴ Stattdessen schob sich die NATO bis an die Grenzen Russlands, Weißrusslands und der Ukraine vor. Polen, Ungarn und die Tschechische Republik – drei ehemalige Warschauer-Pakt Staaten, aber nie Teile der UdSSR, schlossen sich 1999 an. Dann wurden 2004 die drei baltischen Republiken Estland, Lettland und Litauen – jede zwischen den Weltkriegen ein unabhängiger Staat, vor und nach dieser Periode jedoch zu Russland gehörend – in die NATO aufgenommen. Drei weitere ehemals kommunistische Staaten, Bulgarien, die Slowakei und Slowenien (letztere zuvor zu Jugoslawien gehörend), kamen im selben Jahr dazu. 2009 wurden Albanien und Kroatien zugelassen. George F. Kennan, der Architekt der Kalten Kriegs-Politik eines sich wechselseitigen In-Schach-Haltens, äußerte hierzu kritisch, dass die ›NATO-Erweiterung der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik in der Nachkriegs-Ära‹ gewesen sei (1997).

Im Lichte ihrer leidvollen Geschichte ist es nun sicherlich verständlich, dass sich viele dieser Staaten – hauptsächlich Polen, die baltischen Staaten, Ungarn, die Tschechen und die Slowaken – vor möglichen künftigen russischen Interventionsgelüsten zu schützen suchen. Ihre Lage im Verhältnis zu Russland ist der der lateinamerikanischen Länder zu den USA nicht unähnlich. Man erinnere sich nur an den dem mexikanischen Präsidenten Porfirio Diaz (1830-1915) zugeschriebenen Ausruf: ›Armes Mexiko! So weit von Gott und so nah an den Vereinigten Staaten!‹ Und wieder zeigt sich hier der Mangel an historischem Wissen: Haben amerikanische Präsidenten und Außenminister denn noch nie von der Monroe Doktrin gehört, die zur Legitimation der permanenten amerikanischen Interventionen – militärischer, politischer, ökonomischer und subversiver – in lateinamerikanischen Staaten benutzt wurde? Zentralamerika wurde von den Vereinigten Staaten von Amerika als ihr ›Vorgarten‹ betrachtet. Dann ist die Ukraine eben Russlands Vorgarten. Da Russland, und ein großer Teil der Ukraine, Bestandteile desselben Staatskörpers waren, wäre die seinerzeitige feindliche Übernahme des tiefen Südens der USA ein vielleicht noch treffenderer Vergleich. Wir alle wissen, welche Folgen dies 1861 tatsächlich hatte. Solche möglichen Abwägungen haben amerikanische Politiker jedoch nicht davon abhalten können, den Ukrainern die Möglichkeit einer NATO-Mitgliedschaft in Aussicht zu stellen. In der Konsequenz hätte dies aber zum Verlust der historischen Marinebasis Russlands in Sevastopol geführt und zu ihrer Übernahme durch die US-amerikanische Marine.

Im Verlauf der Verhandlungen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union, Ende 2013/ Anfang 2014, zur vorgeschlagenen Beitrittsvereinbarung sprachen viele europäische Politiker von der Notwendigkeit das ukrainische Volk nicht zu einer alternativen Wahl zwischen der EU und Russland zu zwingen, in der Hoffnung, dass auch eine freundschaftliche Verbindung zu beiden möglich sein müsste. De facto aber bot die EU ein völlig neoliberales Abkommen an – mit einer für die fast bankrotte Ukraine völlig unzureichenden finanziellen Unterstützung – und in der kaum verhüllten Absicht Präsident Viktor Janukowytsch die bevorstehende ukrainische Wahl verlieren zu lassen. Dennoch traten die EU-Diplomaten, angeführt von Baroness Ashton, noch relativ vorsichtig auf. Die Haltung in Washington war dagegen eine sehr andere. Im Gespräch mit dem ukrainischen US-Gesandten Geoffrey Pyatt äußerte die Assistentin des Staatssekretärs für Europäische und Eurasische Angelegenheiten beim Außenministerium, Victoria Nuland: ›Fuck the EU‹ (Zum Teufel mit der EU). Als diese Bemerkung ins Internet gelangte, musste sie sich entschuldigen; jedoch war die Äußerung zweifelsohne symptomatisch für vorhandene Einstellungen, die sonst bloß unterdrückt werden.⁵

4 Gleichzeitig wurde die Doktrin vom ›liberalen Interventionismus‹ als Rechtfertigung für die militärischen Abenteuer im Namen von ›Menschlichkeit‹ lanciert – eine raffinierte Methode die oben erwähnte Dualität normativer Codes scheinbar zu versöhnen.

5 Siehe Ed Pilkingtons Bericht in The Guardian, vom 06.02.2014: Man fragt sich, ob die Geschichte darüber aufklärt, dass die europäischen Verbündeten als – um Lenins Ausdruck zu gebrauchen – ›nützliche Idioten‹ betrachtet werden, die großen Ärger auslösen, wenn sie aufhören nützlich zu sein und stattdessen den amerikanischen Zielen im Wege stehen.

Diese Episode zeigt auch, wie wenig bewusst westlichen Politikern – absichtsvoll oder nicht – die problematische und gebrochene Geschichte der Ukraine ist. Deren Grenzen, wie sie Anfang 2014 gezogen waren, sind relativ jungen Datums. Die Krim wurde, wie in jenen Zusammenhängen erinnert wurde, erst 1954 und eigentlich aus eher administrativen Gründen, von einem der Stammstaaten der UdSSR in einen anderen überführt, von der UdSSR, worin zu der Zeit die einzelnen Staaten nur etwa den Status von Provinzen hatten, in die Ukraine. (Der Transfer war übrigens eine viel beiläufigere Angelegenheit als z.B. 1800 die Übergabe der westlichen Teile von Connecticut an den Teil, der später zum Staat Ohio werden sollte.) Die Krim war seit ihrer Annexion nach dem Sieg über das Osmanische Reich historisch immer Teil der Sowjetunion gewesen. Mit dem westlichen Streifen der heutigen Ukraine, Galizien und Wolhynien, einst Bestandteile des Österreich-Ungarischen Imperiums, verhielt es sich sogar noch problematischer: die Region, deren Hauptstadt Lwiw (zuvor Lvov und Lemberg) ist, war zwischen dem Ersten und Zweiten Weltkrieg ein Teil Polens, obwohl die meisten ihrer Einwohner ukrainisch sprachen. Die Mehrheit der Ukrainer kämpfte – sogar noch nach der von Stalin 1932-33 herbeigeführten großen Hungersnot – an der Seite der Sowjetunion, und damit der westlichen Alliierten; andererseits kämpften auch ziemlich viele Westukrainer in der Ukrainischen Befreiungsarmee an der Seite der Nazis. Svoboda, eine der beim Sturz der Janukowytsch-Regierung aktivsten Parteien, hat ihre Wurzeln in Lwiw und in der Pro-Nazi-Fraktion. Aus diesem Grund wurden sie während der Ereignisse von 2014 von Ostukrainern als »Faschisten« beschimpft – und es wurde konstatiert, dass mit deren Eintritt in die Kiewer Regierung eine solche Partei zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg eine offizielle Machtbeteiligung in einem europäischen Land erlangt hat.⁶

Es ist auch, wie oben schon bemerkt, daran zu erinnern, dass ein ziemlich großer Teil der heutigen Ukraine für eine lange Zeit ihrer Geschichte zu Russland gehört hat. Die Bezeichnung »Russland«, und ihr Ursprung, lässt sich auf das mittelalterliche Kiew Rus zurückführen; dessen Machtzentrum wechselte wegen der mongolischen Invasion im 13. Jahrhundert von Kiew nach Moskau. Eine bedeutsame spätere Episode bestand im Erstarken der ukrainischen Bauern im 17. Jahrhundert in der Gegend von Zaporischja in der Ostukraine, die von russischen Truppen gegen die Ausbeutung des polnischen Adels und die Ausbreitung des Polnisch-Litauischen Reiches unterstützt wurden. Dies markierte eine wichtige Station sowohl beim Aufstieg der Zarenmacht in Europa sowie beim Niedergang der polnischen Großmacht.⁷ Bis heute spricht ein großer Teil der ukrainischen Bevölkerung im Süden und Osten des Landes russisch als erste Sprache und – wie die turbulenten politischen Ereignisse in der Ukraine seit ihrer Unabhängigkeit 1991 gezeigt haben – fühlen sich viele ihrer Bürger nach wie vor mit Russland verbunden.⁸

6 Professor Don Kalb von der Zentralen Europäischen Universität, ein Spezialist dieser Region, kommentierte: »Svoboda bekam nie mehr als zehn Prozent der Stimmen, sogar in ihren eigenen Hochburgen, aber ihre Agenda wurde zur nationalen Agenda und, zwischen November 2013 und Februar 2014, in einem gewissen Ausmaß auch ihr Vokabular und ihre Mythologie. Ungewollte Ergebnisse von revolutionärer Mobilisierung und insbesondere die Bereitschaft von Liberalen sich mit Faschisten zu verbünden, die sie in und um den Maidan verteidigen konnten, erklären, mit anderen Worten, den flotten Rechtsrutsch« (Äußerungen im persönlichen Gespräch).

7 Ich danke Don Kalb dafür, dass er mich auf diese historische Episode aufmerksam gemacht hat.

8 Nach in West-Zeitungen abgedruckten Landkarten zu urteilen, scheint russisch die im etwas größeren Teil der Ukraine verbreitete erste Sprache zu sein – was nicht heißt, dass die Mehrheit der gesamten Bevölkerung russisch als erste Sprache spricht. Solche vereinfachenden Karten verbergen eher die Komplexitäten. Don Kalb weist auch darauf hin (ebenso im persönlichen Gespräch), dass nur sehr wenige Menschen in der Ukraine nicht beide Sprachen, russisch und ukrainisch, sprechen. Die dies nicht tun, sind hauptsächlich die in armen Regionen mit einer geringen Bildung. Er stellt fest, dass Eheschließungen zwischen Paaren mit den unterschiedlichen ersten Sprachen vorkommen: »In diesen Ehen ist es nicht selbstverständlich, dass die russisch-Sprechenden sich mit Putin identifizieren und die ukrainisch-Sprechenden mit Poroschenko oder dem Maidan sympathisieren. Ich höre viele unerwartete und tatsächlich komplexe Geschichten. Ganz allgemein gesagt: die einfache Ableitung der russischen von der ukrainischen Ethnie ist Unsinn und fördert Gewalt (auf beiden Seiten).«

Eine der ersten Aktionen des ukrainischen Parlaments nach dem Sturz von Janukowytsch war die Abschaffung des Russischen als der offiziellen Landessprache; dies wurde wiederum zügig rückgängig gemacht. Der russisch-sprechenden Bevölkerung im Osten und Süden des Landes kann es jedoch kaum übel genommen werden, wenn sie die erste Maßnahme als Menetekel an der Wand des Westens betrachtet.

Sogar diese kurze und unzureichende Darstellung der tatsächlich viel komplizierteren Geschichte der Ukraine sollte ausreichen, um deutlich zu machen, warum Diplomaten die Notwendigkeit einer umsichtigen Annäherungsweise hätten erkennen müssen.

Obwohl sich die USA bezüglich ihrer Respektierung des internationalen Rechts im Allgemeinen recht selektiv zeigen, ist ihre Außenpolitik gleichwohl von einem gewissen Juristenjargon durchdrungen – wiederum Ausdruck der Janusköpfigkeit ihrer normativen Codes. Dies ist den aktiven Politikern vermutlich sehr bewusst, sie halten es aber für einen Bestandteil im Rahmen eines Gesamtpakets von Geopolitik. Im Falle der Ukraine hat – im Verlauf der Verhandlungen, die zum Ergebnis hatten, dass die Ukraine den Teil des russischen atomaren Arsenal, das sich auf ihrem Territorium befand, herausgeben sollte – der Westen völlig zurecht darauf hingewiesen, dass sowohl Russland als auch die USA und Großbritannien garantiert hatten, dass die Grenzen der Ukraine unangetastet bleiben würden. Generell lässt sich nämlich die Respektierung der Souveränität und Autonomie von Nationen zurückverfolgen bis zum Westfälischen Frieden von 1648 und sogar bis auf das berühmte Prinzip des Augsburger Friedens: *cuius regio, eius religio*. Aber solchen Abkommen wurde regelmäßig erst bei Verstößen die Ehre erteilt, besonders wenn feindliche Bewegungen eines Staates als Bedrohung der souveränen Interessen eines anderen empfunden wurden. Jenseits solcher grundsätzlichen Prinzipien durchzieht aber eine Voraussetzung wie ein roter Faden die amerikanische Außenpolitik, dass nämlich die Regierung eines Landes im Namen all ihrer Bürger spreche und sie diese unter ihren Willen zusammenzubinden vermöge.⁹ Diese »homogenisierende« Sicht der Amerikaner auch auf die anderen Staaten der Welt beruht wahrscheinlich auf der Tatsache, dass ein sehr großer Teil der Amerikaner ausgesprochen patriotisch ist (oder, um es genauer zu sagen: nationalistisch), insofern sie von einem starken »Wir-Amerikaner-Bild/Gefühl«¹⁰ durchdrungen sind. Und analog gehen sie davon aus, dass es in allen anderen Ländern und Völkern ebenso zugeht.¹¹ Im Extremfall geht dies mit einer Spur Rassismus einher. Präsident Woodrow Wilson, selbst ein Original-Südstaatler, scheint davon ausgegangen zu sein, dass die ethnischen Grenzen Europas klar und unzweideutig seien, als er in Versailles das Prinzip der »Selbstbestimmung« propagierte. Dagegen gab Sir Ivor Jennings in den 1950er Jahren zu bedenken:

Vor fast vierzig Jahren verkündete ein Professor für Politische Wissenschaft, der zugleich Präsident der Vereinigten Staaten war, eine Doktrin, die lächerlich war, jedoch als ein vernünftiger Vorschlag akzeptiert wurde: die Doktrin von der Selbstbestimmung. Auf der Oberfläche schien sie vernünftig zu sein: Lass das Volk entscheiden. Lächerlich war sie deshalb, weil das Volk nicht

9 Dies ist ein Überhang aus einer länger bestehenden Tradition. Wie Clark (2012: 168) vom Europa am Vorabend des Ersten Weltkriegs bemerkte, war das »Personalisieren von Staaten-als-Einzelen Teil der verkürzten Sichtweise der amerikanischen politischen Karikatur, reflektierte aber zugleich eine tief eingewurzelte Denkgewohnheit: die Tendenz, Staaten als aus Individuen zusammengesetzte Gebilde zu sehen, die von ebenso zusammengesetzten Institutionen durch einen unsichtbaren Willen gelenkt werden«. Dasselbe Syndrom kann in der Dämonisierung der Person Vladimir Putins erkannt werden.

10 »Wir-Bilder« ist Norbert Elias Formel für die Art von kollektiven Selbstbildern, die sich die Mitglieder einer Gruppe von der Gruppe, der sie angehören, konstruieren und in Bezug auf die sie emotional besetzte Wir-Gefühle ausbilden (s. besonders Elias, 2001).

11 Ein gutes Beispiel dieser amerikanischen konservativen Sichtweise ist der Glaube daran, dass, wenn Saddam Hussein erst einmal beseitigt und ein paar seiner Standbilder zerstört sein würden, der Demokratisierungsprozess im Irak sich schon durchsetzen werde.

entscheiden kann, bevor nicht entschieden ist, wer denn überhaupt dieses Volk ist (Jennings 1956: 55-56).¹²

Es war international bekannt, dass die Struktur der Wir-Bilder (und der korrespondierenden Wir-Gefühle) im ukrainischen Volk alles andere als einfach ist. Das verhinderte jedoch nicht die amerikanische Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes.

Die amerikanische Strategie der Einkesselung vorausgesetzt,¹³ ist schwer verständlich, warum Amerika hätte überrascht sein sollen als Russland zu Gegenmaßnahmen in der Krim-Angelegenheit griff. Denn Russland hatte dies schon einmal getan, als der ausgesprochen anti-russische und pro-amerikanische Präsident Mikheil Saakaschwili, 2004 an die Macht gekommen, alles daran setzte Georgien zum NATO-Mitgliedstaat zu machen. Es soll hier aber nicht die Intervention Russlands in Georgien oder die Ukraine verteidigt werden. Auch soll nicht geleugnet werden, dass die Janukowytsch-Regierung in der Ukraine, obwohl frei gewählt, durch und durch korrupt und abscheulich war. Aber das allein kann nicht das Hauptmotiv für die von Amerika unterstützte Destabilisierung des Regimes gewesen sein. Die USA haben stets – und haben dies immer noch – enge Bündnispartnerschaften mit noch viel übleren Machthabern, wie z.B. in Saudi Arabien, unterhalten.¹⁴ Meine Absicht ist es hier – wenn wir einen Esel einen Esel nennen, sprich der Wahrheit die Ehre geben wollen – die Klugheit der westlichen Strategie in Frage zu stellen und diese als Ausdruck des US-amerikanischen Imperialismus zu entlarven.

Ein weiteres Symptom der amerikanischen Scheinheiligkeit in der Ukraine-Krise war die Ausbeutung des tragischen Absturzes des Fluges MH17 der Malaysischen Airline am 17. Juli 2014. Zur Zeit der Abfassung dieses Artikels noch unklar, scheint deren wahrscheinlichste Ursache die Abfeuerung einer Abwehrrakete durch pro-russische »Rebellen« in der Donetsk-Region gegen das, was sie für einen ukrainischen Kampffjet hielten, gewesen zu sein.¹⁵ Aber wie die Amerikaner wohl wissen – weil Donald Rumsfeld ihnen dies nonchalant mitgeteilt hatte¹⁶ – passieren »solche Dinge« eben in Kriegsgebieten. Entsprechend wurde vom amerikanischen Militär der Euphemismus »Kollateralschäden« erfunden, um damit die Hunderttausende getöteter Zivilisten begrifflich abzudecken, die den permanenten überseeischen Kriegshandlungen der USA in den letzten Jahrzehnten zum Opfer gefallen sind. In den konkreten Einzelfällen, wie dem unbeabsichtigten Abschuss des iranischen Passagierflugzeuges im Persischen Golf durch die USS *Vincennes*, am 3. Juli 1988, bei dem 299 Menschen ihr Leben verloren, scheint diese politische

12 Viel später behandelte Benedict Anderson diesen Punkt in seinem Buch *Imagined Communities* (1983) ausführlicher.

13 Von 2001 bis 2005 wurden die USA aufgefordert, ihren Luftstützpunkt in Usbekistan (einer vormalig russischen Militärbasis) zu räumen, und von 2001 bis 2014 bestand einer in Kirgisistan. Um 2001 wurde in den USA erwogen, ob ein weiterer in Tadschikistan eingerichtet werden sollte. Die »Stans« in Zentralasien sind allesamt unappetitliche Regime.

14 Der Fall der US/Saudi-Arabischen Allianz ist besonders interessant. Das Saudi-Regime, autoritär und repressiv gegenüber der eigenen Bevölkerung, war international ausgesprochen aktiv durch die Unterstützung der extremen wahabi-salafistischen Richtung des Islam, die Al-Quaida und ähnliche, den USA feindlich gesonnene terroristische Organisationen, unterstützt hat. Aber das Regime selbst pflegt daneben eine pro-westliche Einstellung, indem es z.B. große Mengen Öl an die USA verkauft und große Mengen Waffen von den USA kauft.

15 Es wurde kolportiert, dass sich kurz vor seinem Abschuss zwei ukrainische Kampfflugzeuge in der Nähe des Flugzeuges befunden haben sollen, aber dies schien nicht weiter untersucht worden zu sein – und schon gar nicht von Journalisten. Der seriöse niederländische Journalist und Akademiker, Karel von Wolferen, beklagte in zwei Blog-Nachrichten (2014) die »Korruption« westlicher Journalisten, weil sie das, was ihnen das Pentagon mitteilte, für bare Münze genommen und die MH17-Katastrophe weder aufgeklärt, noch die offizielle Lösung angezweifelt, noch sich um die weiter gehende Frage des coup d'état von 02/2014 gekümmert hätten.

16 Am 11. April 2003, in Kommentaren zu den Plünderungen in Bagdad – vor allem des großen Nationalen Museums von Irak –, die auf die amerikanische Invasion folgten.

Amnesie in Kraft gewesen zu sein.¹⁷ Und ebenso wurde nicht daran erinnert, dass am 4. Oktober 2001 das ukrainische Militär zufällig ein Flugzeug der Sibirischen Fluggesellschaft auf dem Flug von Tel Aviv nach Novosibirsk abgeschossen hatte, bei dem 78 Menschen getötet wurden. Auch Russland hatte am 1. September 1983 den Flug KE07 der Koreanischen Airlines auf dem Weg von New York nach Seoul versehentlich abgeschossen. Solche Vorfälle hätten doch eine besondere Vorsicht zur Folge haben müssen. Dagegen bestand die unmittelbare Antwort Amerikas auf die MH17-Tragödie darin – Samantha Power, US-Gesandte bei den Vereinten Nationen, tat sich hier besonders hervor –, Russland, und besonders Präsident Putin als Einzelnen¹⁸, hierfür verantwortlich zu machen und damit zugleich zu demonstrieren, dass das Phänomen, das Elias (2002a [1985]: 127) den *furor hegemonialis* nannte, voll um sich gegriffen hatte. Man kam nicht umhin den Eindruck zu gewinnen, dass diese Tragödien nur zu gern zu Waffen im Kampf gegen Russland umgeschmiedet wurden. Alles wurde zu einem Teil des Spiels und seiner doppelten Standards.

Dies sind aber nur *Symptome des Problems*. Wir benötigen vielmehr eine *Erklärung* für die amerikanische Heuchelei. Im Folgenden möchte ich die Arbeitshypothese entfalten, dass wir die Beziehungen zwischen Amerika und dem Rest der Welt als eine den Erdball umfassende Etablierten-Außenseiter-Beziehungsstruktur betrachten müssen. Um zu erklären, was damit gemeint ist, wird zunächst ein kleiner theoretischer Exkurs notwendig.

Etablierten/Außenseiter-Beziehungen

Um 1959/60 herum führten Norbert Elias und sein MA-Student John Scotson eine Untersuchung in einer kleinen industriellen Ansiedlung in der Peripherie von Leicester durch (2002 [1965]). Kurz zusammengefasst, wurden zwei der Arbeiterklasse zuzurechnende Gruppen (beide der weißen Arbeiterklasse zugehörig; man sollte heute vielleicht hinzusetzen, dass es die Zeit vor der großen Zuwanderung südasiatischer Migranten war). Die Mitglieder beider Gruppen arbeiteten in derselben Fabrik und waren, gemäß der üblichen soziologischen Klassifikation nach ihrer beruflichen Position, soziologisch nicht unterscheidbar. Einen Unterschied gab es jedoch, der sich als ein wesentlicher herausstellen sollte. Die eine Gruppe lebte nämlich ›im Dorf‹; das war der Ortsteil mit den alten, um 1880 erbauten Häusern, in dem viele Familien alteingesessen waren, über Generationen untereinander geheiratet hatten und enge Netzwerkbeziehungen unterhielten. Als langjährig Etablierte besetzten sie die wichtigsten Einflusspositionen im Ort – in den Kirchen, den Wohlfahrtsverbänden, den Klubs, pubs usw. Die andere Gruppe, die im kurz vor dem Zweiten Weltkrieges errichteten (Industrie)Gebiet (Estate) lebte, setzte sich aus relativen Neuankömmlingen zusammen, von denen viele während des Krieges mit ihren Arbeitgebern von London dorthin umgesiedelt worden waren. Das Entscheidende war nun, dass die ›etablierten‹ Dörfler sich einig waren, die an sich völlig gleichen ›Außenseiter‹ im Estate zu ignorieren. Eine der interessantesten Beobachtungen, die Elias in diesem Zusammenhang machte, war die Rolle, die der Klatsch dabei spielte. Die Dörfler redeten von der eigenen Gruppe, den eigenen Gruppenmitgliedern, im Sinne einer ›Minorität der Besten‹. Auf diese Weise formten sie ein

17 Das terroristische Bombardement der Pan-American Fluges 103, das am 23. Dezember 1988 den Absturz bei Lockerbie, Schottland, mit 259 Toten an Bord und 11 am Boden, zur Folge hatte, war mit großer Wahrscheinlichkeit eine Vergeltungsmaßnahme für dieses Vorkommnis. Jedoch wurde der Kapitän der Vinnennes nicht etwa getadelt oder bestraft, sondern mit einer Medaille belohnt.

18 An anderer Stelle habe ich die allgegenwärtige Tendenz der Amerikaner ausgeführt, Problem- und Motivlagen zu individualisieren, anstatt in Begriffen von de-personalisierten und ungeplanten sozialen Prozessen zu denken. Ich glaube, dass ein solches Denken tief in der amerikanischen Kultur verankert ist und sowohl die amerikanische Soziologie wie Ökonomie bestimmt; s. dazu Menell (2014a).

Wir-Image – eine Art Selbststereotyp –, das auf dem Ansehen der tüchtigsten und würdigsten Gruppenmitglieder beruhte. Man konnte dies den ›Bewunderungs-Klatsch‹ nennen. Er sorgte für starke Wir-Gefühle und einen gemeinsamen Sinn für Tugendhaftigkeit als Grundlage des Gruppengefühls.

Aber es gab auch den üblen Klatsch. Der beinhaltete das ›Herziehen‹, das schlechte Reden, über die Leute des Estate im Sinne einer ›Minorität der Minderwertigen‹; dadurch wurde das Gegenstereotyp, das ›Sie-Bild‹ des Estate, konstruiert. Es basierte auf dem konkreten Verhalten von tatsächlich nur zwei oder drei Familien, die durch Gewalttätigkeit, Trunkenheit oder Promiskuität auffielen, und deren Kinder in der Gefahr standen zu ›jugendlichen Delinquenten‹ zu werden. Auf die meisten Menschen des Estate trafen diese Merkmale aber nicht zu. Jedoch konnten diese sich nicht durch eine entsprechende Welle Gegen-Klatsches zur Wehr setzen, da ihre sozialen Netzwerke und Machtpositionen weniger gut ausgebaut waren als die der ›Dörfler‹. Elias und Scotson entdeckten aber ein noch entscheidenderes Moment, nämlich dass die Menschen des Estate dazu tendierten, das feindliche Bild der Dörfler allmählich in ihr eigenes Selbstkonzept zu übernehmen; sie fingen, mit anderen Worten, an, sich selbst für ›nicht so gut wie‹ die Dörfler zu halten. Außenseitergruppen – die ohnmächtigsten gesellschaftlichen Gruppen – sind generell durch Ambivalenz, eine fluktuierende Balance zwischen Akzeptanz und Ablehnung ihrer untergeordneten Position, gekennzeichnet. Und wenn sich, ganz allgemein, das Machtverhältnis zwischen einer etablierten und einer Außenseitergruppe stärker ausbalanciert, tritt die ablehnende Tendenz stärker in den Vordergrund. Später baute Elias dieses Konstrukt zu einem wichtigen Baustein seiner allgemeinen Theorie von Machtverhältnissen aus.¹⁹

Wie können diese Einsichten nun auf die Position der USA in der heutigen Welt bezogen werden? Amerika hat ganz offensichtlich seit 1945 die Zentren der Weltmacht besetzt und, wenigstens dem ersten Eindruck nach, noch entschiedener seit 1990. Dies manifestiert sich nicht nur als militärische Stärke, obwohl, wie man weiß, die Ausgaben der USA für ihre Streitkräfte ungefähr so groß sind wie die der übrigen 195 Länder der Welt zusammen. Zu erwähnen ist, dass diese Aufblähung des militärischen Apparats einen deutlichen Bruch mit der amerikanischen Geschichte bis zum Zweiten Weltkrieg markiert, insofern bis dahin in Friedenszeiten ihre Streitkräfte eher unbedeutend waren.²⁰ Selbstverständlich spielt auch die ungeheure ökonomische Stärke der USA eine große Rolle. Sie waren bereits zuvor eine enorme industrielle Macht, erlangten aber nach dem Krieg eine nie dagewesene beherrschende Position, weil die Ökonomien ihrer europäischen Verbündeten und ihrer japanischen Feinde im Verlauf der kriegerischen Auseinandersetzungen zusammengebrochen waren. Die Etablierung des Dollar als der Welthandels- und Reservewährung bedeutete, dass die USA im Endeffekt ›Geld drucken‹ und zu günstigen Konditionen unbegrenzt Kredite aufnehmen konnten. Wie man in den vergangenen Jahren gesehen hat, bildete diese neue Rolle, die der Dollar zu spielen begann, auch die Grundlage für extensive Zuständigkeiten außerhalb des heimischen Territoriums. Denn per US-Gesetzgebung müssen alle in Dollar getätigten Geschäfte über New York abgewickelt werden, und so wurden – beispielsweise – europäische Banken zu massiven Geldstrafen verurteilt, wenn sie die von den USA über Länder, wie den Iran oder Cuba, verhängten Sanktionen missachteten.²¹ Der

19 S. Elias Essay ›Zur Theorie von Etablierten–Außenseiter Beziehungen‹ (2002b [1976]: 7–56) und Weitere Facetten der Etablierten–Außenseiter Beziehung: Das Maycomb-Modell (2002c [1990], in Elias und Scotson 2002: 7–56 und 285–308, entsprechend.

20 Zu Berechnungen der ›militärischen Proportion‹ (Anteil des militärischen Personals im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung) seit dem späten 18. Jahrhundert, s. Mennell (2007: 243–44).

21 Ein anderes Beispiel ist die Verurteilung Argentiniens durch ein Bundesstaaten-Gericht zugunsten eines amerikanischen Geier-Fonds (verwaltet von einem rechten Republikaner), der zufolge Argentinien den vollen Wert einer Anleihe zurückzahlen hatte, die jener Fonds zuvor, nach der Zahlungsunfähigkeit Argentiniens in 2002, zu einem

Internationale Währungsfonds, die Welt Bank und die Kreditvergabe-Institute tragen ebenfalls dazu bei, das amerikanische Wirtschaftsregime und seine spezifischen Kapitalismusformen dem (überwiegenden) Rest der Welt aufzunötigen.²²

Außerdem wäre da noch die Frage nach der ›sanften Macht‹ der Kultur zu diskutieren. Ohne Zweifel haben die amerikanischen Massenmedien ihren globalen Einfluss weit über die Verbreitung von Hollywood-Filmen hinaus ausgedehnt; dieser reicht inzwischen so weit, dass beispielsweise der extrem rechte Fox News-Fernsehsender und viele andere amerikanischen Unterhaltungskanäle weltweit ausgestrahlt werden. In welchem Ausmaß solche Einflüsse in direkte politische Macht und ideologische Herrschaft umgesetzt werden können – das wird von amerikanischen Politikern vermutlich überschätzt, da diese Verbreitung amerikanischer ›Kultur‹ zugleich die für Außenseitergruppen typischen Ambivalenzen aktiviert.

Aber kaum zu bezweifeln ist die Rolle der Massenmedien *innerhalb* der USA, die, als funktionale Alternative zum erwähnten ›Selbstbeweihräucherungs-Klatsch, das Selbstbild einer kollektiven Tugendhaftigkeit, das unter Amerikanern vorherrscht, verstärken‹.²³ Im Endeffekt jedenfalls gründet die Auffassung der Amerikaner von sich selbst in der Konzeption einer ›Eliten-Minorität‹, und die vom Rest der Welt in der einer ›Minderwertigkeits-Minorität‹.

Die USA sind, und dies bereits seit langer Zeit, ein sehr bedeutendes Land. In ihrer Geschichte findet sich eine Unmenge Material, auf das sich das Bild einer kollektiven moralischen Überlegenheit aufbauen ließ. Dies ist so bekannt, dass es hier nicht näher ausgeführt zu werden braucht. Aber der Selektionsprozess dauert immer noch an. Entsprechend gibt es viele Beispiele dessen, was *nicht* zum amerikanischen Wir-Imago gehört, welche jedoch – als ›*Sie-Bild*‹ – in den Augen des Restes der Welt eine große Rolle spielen. Einige davon seien im folgenden aufgelistet, zunächst die Welt insgesamt betreffend:

- permanente militärische Interventionen der USA in Länder in vielen Teilen der Welt;
- ihre Entführungsprogramme und gezielten Beseitigungen von Menschen, die sie für ihre Feinde halten;
- ihre aufgeblasene Militärmaschinerie;
- ihre hoch-selektive Respektierung internationalen Rechts;
- ihre Gefangenhaltungen ohne Gerichtsbeschluss;
- ihre regelmäßige Anwendung von Folter;²⁴

Spottpreis erworben hatte. Diese Entscheidung zwang Argentinien, das sich seit 2002 schon gut erholt hatte, sich am 31. Juli 2014 erneut zu verschulden. Josef Stiglitz, Gewinner des Nobelpreises für Wirtschaft und früherer Chef-Ökonom der Weltbank, sagte dazu: ›Es sind eine Menge Bomben überall auf der Welt abgeworfen worden, und jetzt wirft Amerika eine Bombe in das ökonomische System der Welt. Wir wissen nicht, welches Ausmaß an Zerstörung die Explosion haben wird – und das nicht nur in Argentinien (Stiglitz, 2014).‹

22 Godfried van Benthem van den Bergh meinte (im persönlichen Gespräch), dass der IWF, die Welt Bank und sogar die NATO anfangen etwas weniger gefügte Marionetten der USA zu werden. Auf der anderen Seite könnte behauptet werden, dass das gesamte ›Muskelpaket‹ von Wall Street und London in Aktion gebracht wird, um das in Gang zu halten, was man früher den ›Washington Konsens‹ wirtschaftlicher Belange nannte. Aber dies ist ein zu weites Feld, um hier ausreichend behandelt werden zu können.

23 Die ›sozialen Medien‹, besonders Facebook und Twitter, könnten inzwischen angefangen haben in diesem Zusammenhang eine gewisse Rolle zu spielen. Es ist gesagt worden, dass solche sozialen Medien einen demokratisierenden Einfluss bekommen könnten, indem sie die Machtbalance zwischen den vom Big-Business kontrollierten Massenmedien und dem dazu sich hauptsächlich passiv verhaltenden Publikum korrigierten. Im Prinzip vermögen sie es durch die Verbreitung unterschiedlicher Standpunkte schon dem mainstream der Massenmedien etwas entgegenzusetzen. Es ist noch zu früh, etwas Genaueres darüber zu sagen, denn es gibt noch nicht genügend schlüssige Anhaltspunkte dafür. Im Moment scheint es angebracht zu vermuten, dass die sozialen Medien die mainstream-Meinungen ungefähr in gleichem Maße verstärken oder konterkarieren wie die älteren Massenmedien.

24 Zu seiner Ehre sei gesagt, dass Präsident Obama die Bezeichnung ›Folter‹, statt der üblichen Beschönigung ›entwickelte Befragungstechniken‹ gebrauchte. In seiner Rede an der Nationalen Verteidigungs-Universität Fort McNair,

- ihre Spionageprogramme, sogar gegenüber denen, die sich für ihre Verbündeten halten, und ihre willkürlichen Überwachungsprogramme rund um die Welt;
- ihre hoch selektive ›Menschenrechtsrhetorik‹;²⁵
- ihre Unterstützung Israels und korrupter autoritärer Regierungen im Nahen Osten;
- und die offensichtliche Unfähigkeit führender amerikanischer Politiker sich in die Situation von irgendjemand anders hineinversetzen zu können.

Die amerikanische Gesellschaft selbst betreffend:

- ein Wahlsystem, das vor allem durch Manipulationen am Wahlrecht und die Verschiebung von Wahlkreisgrenzen ausgehebelt wird, so dass die Wahlergebnisse zunehmend verfälscht werden;²⁶
- eine ausgesprochen politisierte Rechtsprechung;
- die Stärke des militärisch-industriellen Komplexes, vor der Präsident Eisenhower schon 1961 gewarnt hatte, was aber geflissentlich ignoriert wurde – zum Schaden der amerikanischen Demokratie;
- allgemeiner, eine extreme Beeinflussung der Regierung durch Großunternehmen und die Großfinanz. Schätzungen zufolge bringt ein Tausendstel der Bevölkerung 25 Prozent der Mittel für Wahlkampagnen auf, und so ist kaum bezweifelbar, dass die Innenpolitik der USA den Anreizen und Imperativen politischer Spender gegenüber aufgeschlossener ist als denen der öffentlichen Meinung. Die *Citizen United*-Entscheidung des Obersten Gerichtshofs von 2010 schaffte tatsächlich alle Beschränkungen in der Höhe von Wahlgeschenken und -ausgaben ab, solange sie frei von *quid pro quo*-Bestechungen bleiben;²⁷
- die außerordentlich große und weiter zunehmende soziale und ökonomische Ungleichheit in der amerikanischen Gesellschaft, die – wegen der globalen ökonomischen Macht Amerikas – auch anderen Ländern immer mehr aufgenötigt wird;²⁸
- der Einfluss gesellschaftlicher Gruppen, die auf der Basis ihres religiösen Glaubens die Lehre von der Evolution, aber auch aus kurzsichtigen ökonomischen Interessen Maßnahmen zur Klimaverbesserung ablehnen;
- Amerikas hohe Gewaltquoten; diese sind in den letzten Jahren zwar etwas zurückgegangen (wie in vielen anderen Ländern auch), sind aber immer noch viel höher als in anderen modernen Gesellschaften. Das hängt zusammen mit:

am 23. Mai 2013, merkte er an, dass ›wir in manchen Fällen unsere Grundwerte verletzt haben – indem wir die Folter als Verhörmethode bei unseren Feinden angewendet und Menschen in einer Weise behandelt haben, die gesetzeswidrig ist.

25 Die ›Menschenrechte‹ sind ein Beispiel dafür, wie Zivilisierungsprozesse ihren Weg über die nationalen Grenzen, wenn auch selektiv, gefunden haben, mit allen internen Widersprüchen, die für Zivilisierungsprozesse generell charakteristisch sind. Das Konzept des ›Zivilisierungsprozesses‹ ist sicherlich einer der Hauptbeiträge Norbert Elias zu den Sozialwissenschaften (1997 [1939]). Andrew Linklater (2011) hat, im ersten Band seiner geplanten Trilogie, angefangen die Relevanz von Norbert Elias Ideen für die internationalen Beziehungen aufzuzeigen.

26 Es gibt in Amerika eine lange Tradition korrupter Wahlen (s. Gumbel, 2005); aber die skandalöse Präsidentschaftswahl von 2000 lenkte die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf die Tatsache, dass die Durchführung von Wahlen in den USA nicht den Standards in der weiteren demokratischen Welt entspricht. Dies hatte welthistorische Konsequenzen.

27 Siehe zu diesen Punkten Martin Gilens und Benjamin I. Page (2014) und Zephyr Teachout (2014). Teachout behauptet, dass Korruption in dem weiteren Sinne einer Privilegierung privater gegenüber öffentlichen Interessen die Hauptbedrohung für eine demokratische Regierung darstelle, wie die Urheber der amerikanischen Verfassung bereits vorausgesehen hatten, und wie es sich inzwischen ziemlich durchgesetzt hat.

28 S. dazu Piketty (2013). Zu meiner Kommentierung der Verbindung zwischen Globalisierung und sozialer Ungleichheit, s. Menell (2014).

- der Waffen-›Kultur‹, der Besessenheit vieler Amerikaner vom Recht auf Waffenbesitz, für das viele Außenstehende kein Verständnis haben;²⁹
- Amerikas außergewöhnlich hohe Gefangenrate, mit einem stark überproportionalen Anteil an Afro-Amerikanern – Symptom des fortdauernden rassistischen Erbes in der amerikanischen Gesellschaft;
- das Festhalten an der Todesstrafe, die in den meisten westlichen Ländern nicht mehr akzeptiert wird;³⁰
- und eine Diskreditierung jeden Landes, das Mitglied im Council of Europe oder der Europäischen Union werden will.

Alle diese Punkte werden viel und kontrovers diskutiert. Der hier entscheidende Punkt ist, dass sie allesamt Kandidaten für das ›Sie-Bild‹ sind, das sich immer mehr Völker dieser Erde von den Vereinigten Staaten machen.

Gleichwohl scheint es, als ob der Rest der Welt die Selbstkonzeption der Amerikaner – wenn gleich in ambivalenter Weise – akzeptiere. Den Soziologen sind schon lange die Versuche weniger mächtiger Gruppen bekannt den mächtigeren nachzueifern, deren Verhaltensweisen zu übernehmen und sie nachzuahmen – oft nur halb bewusst. Der Trend zur Amerikanisierung Westeuropas ist seit dem Zweiten Weltkrieg unüberschbar. Und tatsächlich haben die europäischen Staaten in verschiedenem Ausmaß einen Prozess durchlaufen, der mit einem technischen Ausdruck aus dem 19. Jahrhundert als ›Mediatisierung‹ bezeichnet werden kann. Dieser wurde im Kontext der deutschen Geschichte verwendet, um die Unterordnung eines geringeren unter einen größeren Staat zu bezeichnen, wobei der Herrscher des ersteren Titel und Würde, die ihm zuvor zugekommen waren, behielt, obwohl er an Machtfülle eingebüßt hatte. Die große Mehrheit der Fürstentümer im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation wurde in der napoleonischen Periode auf diese Weise mediatisiert. In einer späteren, der wilhelminischen Phase, nahmen dagegen die Könige von (z.B.) Bayern und Sachsen einen geringeren Rang ein als die Preußenkönige, die 1871 zu Kaisern über ganz Deutschlands erklärt wurden. Die NATO-Allianz, die nach dem Zweiten Weltkrieg angesichts einer seitens der Sowjetunion empfundenen Bedrohung ins Leben gerufen wurde, kann als die Fortsetzung eines solchen Mediatisierungsprozesses angesehen werden. Die Briten stellen hier einen besonders kläglichen Fall dar. Weil Großbritannien seine Sprache mit den Vereinigten Staaten teilt, scheinen kulturelle Assimilationsaspekte hier besonders weit um sich gegriffen zu haben. Aber auch in der politischen Dimension: Schon seit vielen Jahrzehnten macht die Außenpolitik Englands nicht mehr den Eindruck von Amerika unabhängig zu sein. Einerseits scheint diese unselbständige Position von weiten Teilen des britischen Volkes akzeptiert zu sein; andererseits wird dies in einem Land, das nur ein Jahrhundert zuvor selbst eine beherrschende Weltmacht war, als zutiefst demütigend empfunden. Merkwürdigerweise wird dieser Groll über seinen Niedergang in den Angelegenheiten, in denen Großbritannien formal und substantiell ein entscheidendes Wort mitzureden hat, oft auf die Europäische Union projiziert, mehr jedenfalls als auf die Vereinigten Staaten, auf die es praktisch (trotz der eher einseitig so gesehenen ›besonderen Beziehungen‹) wenig oder überhaupt keinen Einfluss hat, die vielmehr die britische ›Souveränität‹ wirkungsvoller einschränken als es die EU tut.³¹ Viele Kommenta-

²⁹ Zu einer überzeugenden Erklärung der Ursprünge der Waffenkultur s. Spierenburg (2006).

³⁰ Die Todesstrafe wurde tatsächlich in vielen Staaten abgeschafft, und Hinrichtungen sind gegenwärtig in den USA außerhalb Staaten wie Texas nicht sehr zahlreich; auch hier sind Afro-Amerikaner stark überproportional vertreten, s. Garland (2011).

³¹ Ein seltsames Beispiel ist die angeblich ›unabhängige nukleare Abschreckung‹ Großbritanniens. Die ungeheuren Kosten für die Unterhaltung und den vor kurzem vorgenommenen Austausch der atomaren U-Boote verzehren einen so großen Teil des britischen Verteidigungsetats, dass der Rest seiner Streitkräfte auf ein nie dagewesenes Maß zurückgeschrumpft werden musste. Viele Politiker erklären die ›nukleare Abschreckung‹ für notwendig, um

toren haben auf die problematische Qualität des britischen Wir-Bildes in seiner post-imperialen Phase Bezug genommen. Norbert Elias stellte fest, »England ist in der jüngsten Gegenwart ein bewegendes Beispiel für die Schwierigkeiten der Anpassung einer Großmacht ersten Ranges and das Herabsinken zu einer zweit- oder dritt-rangigen Macht« (Elias: 2005 [1989]: 11) und verglich die hierbei ablaufenden Prozesse mit denen auf der Ebene der (individuellen) Psychogenese:

Freud ... suchte den Zusammenhang zwischen dem individuellen und besonders dem Tribschicksal eines Menschen und dessen persönlichem Habitus aufzudecken. Aber analoge Zusammenhänge gibt es auch zwischen den langfristigen Schicksalen und Erfahrungen eines Volkes und seinem jeweils gegenwärtigen sozialen Habitus. Auch in dieser Schicht des Persönlichkeitsaufbaus – nennen wir sie provisorisch die »Wir-Schicht« – sind oft Komplexe, Störungserscheinungen am Werk, die denen der individuellen Neurosen an Kraft und Leidensdruck kaum nachstehen. (Elias: 2005 [1989]: 31)

Angesichts dieser engen Identifikation mit den USA, aber auch ihrer zwiespältigen Gefühlslagen ihrer geringer gewordenen Bedeutung in der Welt wegen, sind die Briten – oder zutreffender: die Engländer – zu so etwas wie Amerikanern mit einem Minderwertigkeitskomplex geworden.

Wenn das für Britannien zutrifft, um wie viel schärfer müssen die »Schwierigkeiten« und »Leiden« für Russland sein, das im letzten Viertel des Jahrhunderts faktisch nicht nur als Welt-Supermacht, die sich mit den USA auf Augenhöhe befunden hatte, abgestiegen war, sondern sich von diesen auch systematische Demütigungen gefallen lassen musste.³² Aus demselben Grund auch sind wir immer noch konfrontiert mit den Konsequenzen der traumatischen Demütigung, die Amerika selbst durch die Angriffe auf New York und Washington am 11. September 2001 erlitten hat.

Und doch muss man zur Kenntnis nehmen, dass es – in großen Teilen der Welt, und nicht nur in Britannien – auch eine breite Akzeptanz der amerikanischen Vorherrschaft gibt, die möglicherweise dem Gefühl entspringt, dass, trotz aller Dummheiten und schädlichen Militär- und Diplomatenaktionen, die Amerikaner immer noch so etwas wie einen stabilen Rahmen in einer beunruhigenden Welt darstellen. Würde es im Laufe des 21. Jahrhunderts möglich sein einen dauerhaften inneren Frieden in der Welt zu errichten, so bedeutete das einen ungeheuren Segen für die ganze Menschheit, etwas, wovon die Menschen seit Jahrhunderten träumen. In Frieden zu leben, Sicherheit und Absicherung, sind ein Privileg, dessen große Teile der Weltbevölkerung sich nicht erfreuen. Die Folgen eines solchen Weltfriedens wären unübersehbar, und es wäre vermutlich ein rascher Zivilisierungsschub zu erwarten. Um noch einmal den optimistischen Elias zu zitieren: »wenn in diesem oder jenem Gebiet die Macht einer Zentralgewalt wächst, wenn über ein größeres oder kleineres Gebiet hin die Menschen gezwungen werden, miteinander in Frieden zu leben, dann ändert sich auch ganz allmählich die Affektmodellierung und der Standard des Triebhaushalts« (1997 [1939]: 371). Wenn es irgendeine Art Weltregierung gäbe, brächte dies für den Rest der Welt beträchtliche Vorteile mit sich. Diese könnten in den Augen der Regierungen der betroffenen Länder den Preis aufwiegen, den sie für eine gewisse Mediatisierung, der sie sich unterziehen müssten, zu zahlen hätten. Ob das Erreichen eines solchen Zieles universell gut geheißen würde, wenn es bedeutete, dass die USA diese Funktion

die permanente Mitgliedschaft Britanniens im UN-Sicherheitsrat zu rechtfertigen. Es scheint in der britischen Öffentlichkeit weniger bekannt zu sein, dass die »britischen« Nuklearwaffen nicht ohne amerikanische Genehmigung eingesetzt werden dürfen.

³² Dies war für die amerikanische Politik unter Präsident George W. Bush in den Jahren, die dem Zusammenbruch der Sowjetunion direkt folgten, weniger typisch, setzte aber entschieden mit der Amtszeit Madeleine Albright als Außenministerin unter Präsident Clinton ein.

der Weltregierung ausüben – wie dies in gewisser Weise ja bereits tatsächlich der Fall ist – ist jedoch mehr als fraglich (s. Mandelbaum, 2006).³³

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde von einigen Idealisten, in der guten Absicht dem Weltfrieden zu dienen, kurzzeitig eine Mediatisierung der Vereinten Nationen hoffnungsfroh ins Auge gefasst. Ihrer Satzung zufolge war sogar eine dauerhafte Stationierung von US-Truppen angedacht, die unter Kontrolle des Sicherheitsrats (in dem die fünf Siegermächte den Status einer ständigen Mitgliedschaft mit Veto-Recht haben sollten) schnell handlungsfähig sein sollten. Diese Vision wurde mit dem Beginn des Kalten Krieges fast augenblicklich ad acta gelegt. Interessanterweise erklärte Präsident Obama in seiner West Point-Rede von 2014:

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Amerika weitsichtig genug, um Institutionen zu schaffen, die geeignet waren den Frieden zu bewahren und den menschlichen Fortschritt zu unterstützen – angefangen von der NATO und den Vereinten Nationen, bis zur Weltbank und dem IWF. Diese Institutionen sind nicht perfekt, aber sie haben die Kräfte vervielfacht. Sie verringern die Notwendigkeit einseitiger amerikanischer Aktionen und sorgen für eine größere Zurückhaltung unter den Nationen.

Mit anderen Worten: Führende amerikanische Politiker erkennen die Vereinten Nationen nicht als eine übergeordnete Autorität an, deren Entscheidungen sogar von den USA zu respektieren sind, sondern als eine von ihnen geschaffene Einrichtung, ein Mittel der amerikanischen Machtpolitik.³⁴

Sollten wir uns nun – wenn uns irgendeine Form der Weltregierung langfristig wünschenswert erschiene, und wenn diese nicht länger von den Vereinten Nationen wahrgenommen werden könnte – einverstanden erklären mit einer Zusammenfassung aller Nationen zu einem einzigen Weltstaat unter der Herrschaft Amerikas? Und wäre das überhaupt durchführbar?

Warum gibt es keinen Weltstaat?

Die Nationale Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten von Amerika von 2002 repräsentierte das, was ich das Dubya Addendum zur Roosevelt'schen Erweiterung der Monroe Doktrin (Mennell, 2007: 211-12) genannt habe. Der zuvor erklärte Anspruch der USA auf das Recht die westliche Welt zu kontrollieren, sollte jetzt auf die gesamte Welt ausgedehnt werden. In seiner West Point-Rede vom 1. Juni 2002 stellte Präsident George W. Bush fest, dass »unsere Sicherheit es erforderlich macht, dass alle Amerikaner ... auf *Präventivmaßnahmen* vorbereitet sind und, wenn nötig, unsere Freiheit und unser Leben zu verteidigen« (Bush, 2002; Hervorh. S. M.). Der Anspruch auf Ausweitung der amerikanischen besonderen Interessen, insbesondere der wirtschaftlichen, auf den ganzen Erdball, wurde zuerst von Staatssekretär John Quincy Adams im Namen Präsident Monroes formuliert. Präsident Theodore Roosevelts »Big Stick« sollte jeder Staat und jede Gruppe zu spüren bekommen, der diesen in die Quere kam. Obwohl die Präsidentschaft von Bush Junior inzwischen als eine einzige Katastrophe gilt, ist dieser Grundsatz nie zurück genommen worden. Er wurde von seinem Nachfolger nur besonnener vorgetragen. In seiner West Point-Rede vom 28. Mai 2014 erklärte Obama:

33 Die wirtschaftliche Stärke als Folge des Stellenwerts des Dollars als Welt-Reservewährung ist, wie ich bereits erwähnt habe, ein wichtiger Faktor im Anspruch der USA auf Anwendung ihrer Gesetze auch außerhalb ihres einheimischen Territoriums.

34 Die Schaffung der UN wurde mit der Vorstellung verknüpft, dass den Großmächten auch eine besondere Verantwortung beim Bewahren der internationalen Ordnung zukommen solle; seit aber zwei der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats schon bald in die Lage kamen als Amerikas Feinde angesehen zu werden und ihre Vetos entsprechend einsetzten, ist deren Haltung zur UN immer spannungsreich gewesen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg resultierten einige unserer kostspieligsten Fehler nicht aus unserer Zurückhaltung, sondern aus unserer schnellen Bereitschaft uns in militärische Abenteuer zu stürzen, deren Konsequenzen wir nicht bedacht hatten – ohne nämlich für eine internationale Unterstützung und Legitimierung unseres Handelns zu sorgen; ohne die amerikanische Öffentlichkeit über die notwendigen Opfer zu informieren ... Amerika muss auf der Weltbühne immer die Führungsrolle übernehmen. Kein anderer wird dies tun, wenn wir es nicht machen. Das Militär, dem du angehört hast, ist und wird immer das Rückgrat dieser Führungsaufgabe sein. Aber die amerikanische Militäraktion kann nicht jederzeit die einzige – oder selbst vorrangigste – Komponente unserer Führungsrolle sein. Nur weil wir ein guter Hammer sind, bedeutet das noch nicht, dass jedes Problem ein Nagel ist.

Und er fügte hinzu:

Für die Zukunft, soweit wir sie überblicken können, bleibt der Terrorismus die unmittelbarste Bedrohung für Amerika und Übersee. Aber eine Strategie, die beabsichtigt in jedes Land, das terroristische Netzwerke schützt, einzudringen, ist naiv und unhaltbar.

Aber andererseits:

werden die Vereinigten Staaten, wenn nötig, im Alleingang mittels militärischer Gewalt handeln, wenn es unsere Kerninteressen erfordern – wenn unser Volk bedroht wird, wenn es um unsere Existenzgrundlage geht oder wenn die Sicherheit unserer Verbündeten in Gefahr ist. Unter all diesen Umständen werden wir uns harten Fragen stellen müssen, ob unsere Handlungen angemessen, effektiv und gerecht sind. Die internationale Meinung zählt; jedoch sollte Amerika nie um Erlaubnis fragen, ob es sein Volk, seine Heimat und seine Lebensweise beschützen dürfe.

Dies lässt sicherlich einen großen Spielraum für die Definition nationaler Interessen und die Tür für militärische Abenteuer weit geöffnet, auch wenn die Ereignisse in Afghanistan und dem Irak einen ernüchternden Effekt hatten. Angesichts des enormen Drucks, den der extrem rechte Flügel der amerikanischen Politik ausübt, hätte wohl kein Präsident mutiger den weltweiten Waffeneinsatz missbilligen können. Und die Verhältnisse am Boden stimmen immer noch mit der *National Security Strategie* von 2002 überein. In mehr als 150 (von ungefähr 196) Ländern der Welt waren 2014 noch amerikanische Streitkräfte stationiert. Die USA haben den Planeten mit Garnisonen überzogen – mit Ausnahme der großen Flächenstaaten der Russischen Föderation und Chinas.

Aber warum ist es das Ziel des ›Dubya Addendum‹ einen Weltstaat zu schaffen? Dazu sind einige Überlegungen zum Konzept ›Staat‹ notwendig. In der amerikanischen Alltagssprache könnte sich eine begriffliche Unschärfe daraus ergeben, dass die ›Staaten der Union‹ ungefähr das sind, was in Kanada die ›Provinzen‹ oder in Deutschland die ›Bundesländer‹ sind. Jedoch ist die unter Soziologen fast einheitlich gebrauchte Staatsdefinition die Max Webers, nach der ein Staat eine Organisation ist, die erfolgreich den Anspruch auf verbindliche Gesetzgebung über ein Territorium auf der Basis legitimer Gewaltausübung erheben und aufrecht erhalten kann (Weber, 1972: 30). Aufgrund dieser Definition kommt die *Security Strategy* von 2002 dem Anspruch, das gesamte Territorium der Erde zu einem einzigen Staat und die USA zu seiner Führungsmacht zu erklären, sehr nahe.

Diese doch eher beunruhigende Feststellung erfordert noch einige nähere Ausführungen.

Zunächst ist es für Webers Definition nicht erforderlich, dass der Herrschaftsapparat ein Monopol auf den Gebrauch von Gewalt auf seinem gesamten Territorium hat. Es wird immer Gewaltverbrechen geben. Das Entscheidende ist, dass der Staatsapparat das Monopol auf legitime Machtausübung beansprucht. Das bedeutet für den Fall, dass private Bürger – oder für unseren Zusammenhang wichtiger: untergeordnete Herrscher – zu den Waffen greifend, um z.B. auf eigene Faust Rache zu üben, damit zu rechnen hätten von den Organen der monopolhaltenden Herrschaft, die den alleinigen Anspruch auf legitime Gewaltausübung hält, bestraft zu werden.

In der Ukraine/Krim-Krise (wie etwas früher im syrischen Bürgerkrieg) beanspruchten die USA erkennbar ein solches Recht Strafen aufzuerlegen, waren sich aber nicht so recht darüber im Klaren, ob sie die wirksamen Mittel dazu hätten.

Des Weiteren ist das Wort *legitim* für Webers Definition entscheidend, aber sie hat sich, aufgrund ihrer statischen Konzeption, als doppeldeutig erwiesen. Hat sich Weber auf die *Legitimität des Gewaltmonopols des Herrschers in den Augen der Beherrschten* berufen? Oder meinte er vielmehr, dass die Herrscher ihren *Anspruch*, nur *ihrem eigenen* Gewaltgebrauch käme Legitimität zu, erfolgreich müssten verteidigen können? Findet Legitimation ihre Rechtfertigung zuvörderst nur in den Augen der Herrschenden, und wird ihre Herrschaft erst im Nachhinein auch in den Augen der Beherrschten legitimiert?

Historisch frühe Staaten könnte man als Schutzgelderpressungs-Systeme bezeichnen. Wie Johan Goudsblom (1998) feststellte, bestanden frühe militärisch-agrarische Herrschaftseinheiten in einer ›fatalen Symbiose‹ produktiver, aber verwundbarer Landwirtschaften und unproduktiver, aber gewaltbereiter Kriegerklassen. In der Regel mussten die Bauern vor den Übergriffen der Krieger benachbarter Territorien geschützt werden; aber die Krieger des eigenen Herrschers konnten bei Nichteintreten solcher Gefahren auch selbst genug Gefährdungen anzetteln, um den Bauern Anteile ihrer Produkte, Arbeitsleistung, und später auch Steuern, abzunötigen. Jedoch sind und waren die Existenz realer Außengefährdungen und die Bereitstellung wirksamen Schutzes dagegen *auf der Seite der Subjekte* die leitenden Motive für die Anerkennung der *legitimen* Autorität ihrer Führer. Dies könnte als der allmähliche Übergang von der Dominanz der Staats- zu der der Nationen-Bildung betrachtet werden. Die Entwicklung eines Solidaritätsgefühls, von Wir-Gefühlen gegenüber seinem Land, war ein wichtiger Bestandteil der Innenpolitik moderner Regierungen bei anhaltender Gefahr in Kriegshandlungen mit andern Ländern verstrickt zu werden.³⁵ Goudsblom sprach von dem, was er ›das Paradox der Befriedung‹ nannte:

Ein altes Sprichwort sagt: *si vis pacem para bellum* – Wenn du Frieden willst, bereite dich auf den Krieg vor. Dieses Sprichwort zeigt die eine Seite des Pazifizierungsprozesses. Für die andere Seite könnten wir das andere römische Sprichwort anführen: *si vis bellum cura pacem* – Wenn du einen Krieg riskieren willst (mit einiger Aussicht auf Erfolg), musst du dich um den Frieden kümmern (in deinen eigenen Reihen) (Goudsblom, 2001).

Dieser Teil des Problems findet jedoch *in* den USA kaum Beachtung: Die Rolle, die die USA in der Welt spielen, wird von den meisten Amerikanern für eindeutig legitim gehalten (wenn sich Minoritäten an anti-Kriegsdemonstrationen beteiligten, hielt man sie im allgemeinen für unpatriotisch).

Auch das Problem der Legitimation *in den Augen der Anderen* scheint in Amerika weniger Beachtung gefunden zu haben.³⁶ Die am weitesten verbreitete Meinung ist offenbar die, dass das, was wir, Amerika, tun, legitim ist, weil wir *gut* sind, und das, was unsere Gegner tun, illegitim, weil sie *böse* sind. Dieses manichäische Weltbild ist es, was einer Erklärung bedarf. Und ein Teil derselben ist, wie ich meine, die Entstehung einer Etablierten/Außenseiter-Beziehung gigantischen Ausmaßes mit einer stark zugunsten der USA ausschlagenden Machtfülle.

35 Dies mag ja, zumindest in einigen Ländern, immer weniger für zutreffend gehalten werden. Nico Wilterdink stellte die Hypothese auf, dass die seit 1980 in westlichen Gesellschaften zu beobachtende Zunahme ökonomischer Ungleichheiten der Stärkung der internationalen Interdependenzen von Unternehmens- und Finanzkapital und einer damit zusammenhängenden Schwächung der Interdependenzen innerhalb dieser Gesellschaften, geschuldet ist; s. Wilterdink (2000) und auch Mennell (2014a, 2014b).

36 Das war eine der Hauptbotschaften der neuesten Arbeit Chalmers Johnsons, der Trilogie ›blowback‹, die in den Jahren, die auf 9/11 und den Einmarsch in den Irak folgten, erschienen ist. Aber die drei Bände haben vielfach feindliche Reaktionen bei den Politikern ausgelöst. Weithin wurde Johnson nachgesagt, er habe sich ›den Amerika-Hassern angeschlossen‹. Tatsächlich handelte es sich aber eher um den Appell einer gewissen Zurückhaltung in Fällen emotional bestimmter, kurzfristiger kämpferischer Einlassungen.

Schlussfolgerung

Relativ wenige Menschen haben vorausgesehen, dass der Zusammenbruch der Sowjetunion die USA eher schwächen als stärken würde, dass an die Stelle einer bipolaren sich tendenziell eine multipolare, nicht aber unipolare Welt etablieren würde. Godfried van Benthem van den Berg vertrat bereits 1992 die zu der Zeit recht beunruhigende Meinung, dass die sich während des Kalten Krieges ›wechselseitig angedrohte Zerstörung‹ der Großmächte beide zur Zurückhaltung gezwungen habe, weil die Krisengefahr, von der sie prinzipiell gleich betroffen waren, sich zu einem Nuklearkrieg hätte ausweiten können (besonders nach der Kuba-Krise, die gerade noch abgewendet werden konnte). Der Autor erörterte die Frage, ob das unbeabsichtigte Ergebnis des nuklearen Stillstands- und Beschränkungsabkommens zum funktionalen Äquivalent einer einzigen Weltregierung taue – was bedeutete, dass eine hochstabile Machtbalance für viele Staaten einen starken Anreiz darstellte sich einer der beiden Supermächte anzuschließen – jedoch setzten die unipolare, und später multipolar gewordene Welt solchen Spekulationen ein Ende.

Ein Jahrzehnt später stellte der Politikwissenschaftler Joseph Nye (2003) fest, dass die USA es nicht mehr ›im Alleingang schaffen können‹. Ein anderes Mitglied dieser kleinen Gruppe visionärer Konzeptualisten war Norbert Elias. Schon 1970 entfaltete er eine klare theoretische Perspektive der Gründe und Umstände, unter denen Machtverhältnisse weniger ungleich werden könnten und der Verlauf sozialer Prozesse weniger von den Plänen und Absichten der mächtigsten Spieler gesteuert werde, sondern viel entscheidender von den unbeabsichtigten Ergebnissen der verwobenen Pläne beteiligter Spieler. Zudem wies er auf die wahrscheinlichen ideologischen Konsequenzen hin, den dies auf das beunruhigende Empfinden der Völker, von undurchschaubaren sozialen Kräften in Bann geschlagen zu sein, ausüben könnten (Elias 2006, Kap. 3 ›Spielmodelle‹). Später, in *Humana Conditio* (2002a), einem grundlegenden Exkurs über Weltpolitik, untersuchte Elias die Möglichkeit für die eine oder andere Seite den Kalten Krieg für sich zu entscheiden. Dies hielt er für nicht wahrscheinlich; darin irrte er sich allerdings; denn die UdSSR brach zusammen, und die USA gingen als die übergeordnete ›Supermacht‹ hervor – wie es jedenfalls zunächst aussah. Ganz richtig erkannte Elias aber, dass die Herrschaft der dominierenden Supermacht in dem Moment untergraben werde, wo es ihr gelinge sich gegenüber der anderen durchzusetzen und sich an die Spitze zu setzen, und zwar genau weil die Angst vor der ehemaligen Gegenmacht und die entsprechende Angst auf Seiten der Protektionsstaaten damit abnehme. In vielen Teilen der Welt haben viele Menschen tatsächlich den nicht unbegründeten Eindruck Schutz vor den Gefährdungen zu benötigen, die von den USA ausgehen. In dieser Hinsicht könnte der entstehende Weltstaat an das Protektionsgeschäftssystem der frühen militärisch-agrarischen Staaten gemahnen.

Ein langer Weg ist zurückzulegen, um die der amerikanischen Außenpolitik zugrunde liegende konstante Suche nach den bösen Feinden, die eine existentielle Bedrohung für sie bedeuteten, zu erklären. Wie Gore Vidal beobachtete, ist immer ›irgendein schrecklicher fremder Feind zur Hand, um uns in die Nacht des Hasses auf unsere Güte und rosige Plumpheit zu katapultieren‹ (2004: 6). Seit 2001 hat die unendlich biegsame Bedeutung des Wortes ›Terrorismus‹ diesem Zweck hervorragend gedient, obwohl dessen ungenauer Kompass Amerika fast dazu gebracht hat sich im syrischen Bürgerkrieg mit Ablegern von Al Quaida zu arrangieren.³⁷ Nachdem die USA sich aber endlich aus den Untiefen des Mittleren Ostens befreit hatten, gab es in Foggy Bottom einen beinahe hörbaren Seufzer der Erleichterung, als ihnen nämlich klar wurde, dass sie zum viel einfacheren und vertrauteren Geschäft der Dämonisierung Russlands zurückkehren konnten.

37 Die USA wurden aus dieser verzwickten Lage durch das in weiten Kreisen bewunderte diplomatische Geschick Sergei Lavrovs, Präsident Putins Außenminister, befreit; dies hat jedoch bei den Amerikanern keine wahrnehmbare Dankbarkeit ausgelöst.

Ich habe argumentiert, dass ein Weltstaat – die endliche innere Befriedung der ganzen Welt – große Vorteile mit sich bringen könnte. Aber wie eine Zusammenführung von selbständigen Nationen unter dem Banner der Vereinten Nationen nicht wahrscheinlich erscheint, so auch nicht der einhellige Zusammenschluss von fast 200 Staaten unter der Flagge des American Empire. Ist schließlich vorstellbar, dass in Amerika die Einsicht reift, dass eine einseitige, von den USA ausgeübte Weltherrschaft unhaltbar geworden ist – aus etwa den gleichen Gründen, die Antiimperialisten, wie Mark Twain und Carl Schurz, schon Anfang des 20. Jahrhunderts geltend gemacht haben? Die erinnern an den Wahlspruch des Amerikanischen Bürgerkriegs »no taxation without representation«. Damit formulierte man in Zeiten des ersten amerikanischen Empire die Einsicht, dass die Völker ihrer Kolonien – die Philippinen, Hawaii und Kuba – nicht länger beherrschbar waren ohne ihnen eine Repräsentanz zuzugestehen. Entweder musste man ihnen die Unabhängigkeit geben oder sie zu Staatsbürgern mit Wahlrecht machen.³⁸ Der Herrschaftsbereich der USA ist heute viel umfassender. Sollte sich die amerikanische Regierung unter diesen Umständen nicht schrittweise für den klügeren Weg entscheiden und sich die Strukturen der Vereinten Nationen zu eigen machen, statt allen Völkern der Welt ein Mitspracherecht in amerikanischen Regierungsangelegenheiten einzuräumen? Das erscheint unwahrscheinlich. Aber im Lichte der Geschichte ist voraussehbar, dass sich langfristig – wenn nicht eine globale Katastrophe das Ökosystem der Welt zum Zusammenbruch bringt, oder ein vernichtender Atomkrieg die Menschheit auf ein stark reduziertes soziales Organisationsniveau zurückwirft – neue Integrationsformen herausbilden werden, die geeignet sind mit den Problemen, die die spezifischen Formen der globalen Interdependenzen aufwerfen, vernünftig umzugehen.

Dieser Essay hat an den Ereignissen des 2014 ausgelösten Ukraine Konflikts angesetzt, hätte seinen Ausgangspunkt aber auch an vielen anderen Eskapaden der amerikanischen Außenpolitik nehmen können. Es war nicht meine Absicht Präsident Putin oder Russland weißer als weiß zu waschen. Auch erscheint es nicht ganz zulässig mit dem Finger auf die USA allein zu zeigen, denn es hat (in unterschiedlichem Maße) eine Kakophonie hysterischer Verurteilungen Russlands auch seitens zahlreicher europäischer Nationen gegeben: Während ich an diesem Beitrag schreibe, versucht der britische stellvertretende Premierminister gerade die von der FIFA für 2018 in Russland angesetzte Weltmeisterschaft zu verhindern.³⁹

Ich habe dargestellt, dass Amerikas Machtposition in der Welt – wenngleich weniger unangefochten als vormalig, oder gerade deswegen – die Nation besonders empfänglich gemacht hat für Hochmut und kollektive Selbsttäuschung – für das, was die alten Griechen *hybris* nannten. Ihre Außenpolitik mündet dadurch immer wieder in kollektiven Katastrophen. Man könnte das, was ich als die »größräumigste globale Etablierten/Außenseiter-Beziehung« beschrieben habe, auch als eine umfassende globale »Zivilisationsoffensive« des Westens betrachten – genauer, als den Stolz des westlichen Selbstverständnisses das Ergebnis eines langwierigen europäischen

38 Das ist heute eine sehr praktische Frage. Stiglitz (2006: 120-2, 211) führt an, wie beispielsweise in der Konferenz der Welt-Handelsbeziehungen in Uruguay die USA – aus eng interpretierten kommerziellen Gründen im Rahmen von Handelsregulatorien – auf ihren intellektuellen Eigentumsrechten bestanden hätten, wodurch verhindert worden war, dass arme Länder preiswertere no-name-Produkte selbst herstellen konnten und wodurch wahrscheinlich Hunderttausende Menschen zum Tode (insbesondere durch AIDS) verurteilt worden waren. Im Gegensatz zu all diesen Unzulänglichkeiten des amerikanischen politischen Systems und der Ungleichheiten in der amerikanischen Gesellschaft spielen Vorstellungen von »Fairness« trotz allem immer noch eine gewisse Rolle in der Politikgestaltung, womöglich aus Furcht vor den Konsequenzen bei den nächsten Wahlen, wenn man auf diese völlig verzichtete.

39 Andererseits stellte Vizepräsident Biden am 2. Oktober 2014 in einer Grußbotschaft an der Harvard Universität fest, es sei »wahr, dass sie (die europäischen Länder) dies nicht tun wollten (Russland Sanktionen auferlegen). Amerikas politische Führung und der Präsident der Vereinigten Staaten mussten darauf bestehen, dass Europa sich wehrte, auch wenn dies Europa oft in eine peinliche Lage brachte und zudem mit ökonomischen Härten und Kosten verbunden war«.

Zivilisierungsprozesses auf den ganzen Erdball auszuweiten. Wenn dem so sein sollte, bestünde ein Problem in der persistierenden Dualität seiner normativen Codes.

Vielen Menschen könnte all dies zu kompliziert sein. Sie könnten sagen, dass die amerikanische Außenpolitik einfacher gestaltet werden sollte, etwa nach dem Muster der altmodischen *Realpolitik*. Zielt sie aber bloß darauf ab das Territorium ihres Weltreichs und die Herrschaft ihrer Kapitalismusformen mit allen erforderlichen Mitteln, Ideologien und ihrem ›Patriotismus‹, der die harten Realitäten verschleiern helfen soll, auszuweiten? Ich kann das nicht recht glauben. Vielmehr scheint mir, als hätte die von Norbert Elias entwickelte Theorie der Etablierten/Außenseiter-Beziehungen – Kern seiner umfassenderen Theorie von Machtverhältnissen und ihren Konsequenzen – für diese Problemlagen etwas anzubieten. Etwas, das über *Realpolitik* hinausgeht. Die Formation von Wir-Bildern, verbunden mit entsprechenden Wir-Gefühlen, mündet in ein kollektives Selbststereotyp kritik-immuner Tugendhaftigkeit und Selbstgerechtigkeit auf Seiten der mächtigeren Seite der Konfliktparteien. Das geht einher mit der Formierung zugespitzter, auf Vorstellungen ›minderwertiger Minoritäten‹ basierender Sie-Bilder für die Gegenpartei(en). Zugleich führt dies aber zu einer Nichtbeachtung korrespondierender Negativbilder im Innern der USA (und ihrer Verbündeten) selbst, die den schwächeren Außenseitergruppen angeheftet werden. Diese Vernachlässigung wird insbesondere dann gefährlich, wenn die Außenseiter allmählich an Macht gewinnen. Diese Etablierten/Außenseiter-Prozesse haben einen langen Weg zurückzulegen, um die manichäische Weltsicht der Amerikaner, die sie auf die Welt jenseits ihrer eigenen Küsten pflegen, zu erklären: ihre Cowboy- und Indianer-Mentalität, ihre gut-und-böse-Naivität, und ihre ›Oh-Mist!‹-Unschuldssattitüde, wenn sie mit den Folgen ihrer Aktivitäten konfrontiert werden.⁴⁰ Wendeten die Macher von Außenpolitik die Etablierten/Außenseiter-Perspektive auf die globale Politik an, so könnte das dazu beitragen ihre Politik *realistischer* zu gestalten, weniger störanfällig infolge nicht voraus bedachter Folgen.

Und doch mildert meine Argumentationslinie ironischerweise die *Schulduzuweisung* gegenüber Amerika ab, weil die aufgezeigten Prozesse alle möglichen Machtbalancen zwischen gesellschaftlichen Gruppen betreffen, wie an den imperialen Mächten der Vergangenheit, besonders am Beispiel Groß Britanniens in den Tagen *seiner* imperialen Glanzzeit gut gezeigt werden kann. Denn, wie Christopher Clark (2012), der die paranoide Deutschland-Phobie im britischen Außenministerium in der ersten Dekade des 20. Jahrhunderts analysiert hat, feststellte, setzte ›die britische Außenpolitik – ebenso wie die amerikanische im 20. Jahrhundert – in aller Regel auf Bedrohungs- und Invasionsszenarien als ihre handlungsleitenden Maximen.‹^{*} (Übersetzung aus dem Englischen von Erika Richter)

⁴⁰ Ich bin Bruce Mazlish dankbar meine Aufmerksamkeit auf diese ›Aw shucks!‹-Reaktionen, wie er sie nannte, gelenkt zu haben.

^{*} Ich danke Harold Behr, David Blake, Godfried van Benthem van den Bergh, Ruben Flores, Don Kalb, Andrew Linklater, Bruce Mazlish, Patrick Murphy, Malcolm Pines, Vic Schermer, Svein Tjeltna und Karel von Wolferen für ihre hilfreichen Kommentare während der Entstehung dieses Beitrags.

Literatur

- Alexander, A., 2011: *America and the Empire of Ignorance*. London
- Anderson, B., 1983: *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London
- Bergh, G. van B. van den, 1992: *The Nuclear Revolution and the End of the Cold War: Forced Restraint*. London
- Biden, J., 2014: ›Remarks by the Vice President at the John F. Kennedy Forum‹ (Harvard University). <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/2014/10/03/remarks-vice-president-john-f-kennedy-forum>. Downloaded 20 January 2015
- Bush, G. W., 2002: ›President Bush Delivers Graduation Speech at West Point‹, 1 June. <http://georgewebush.whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/06/20020601-3.html>. Downloaded 12 February 2015
- Clark, C., 2012: *The Sleepwalkers: How Europe went to War in 1914*. London
- Eisenhower, D. D., 1961: ›Farewell Address to the Nation‹, 17 January 1961, pp. 1035-40 in *Public Papers of the Presidents of the United States*. Washington, DC: United States General Printing Office, 1960
- Elias, N., 1997 [1939]: *Über den Prozess der Zivilisation*. Frankfurt am Main
- Elias, N., 2001: *Die Gesellschaft der Individuen*. Frankfurt am Main
- Elias, N., 2002a [1985]: *Humana conditio*, in *Über die Einsamkeit der Sterbende/human Conditio*. Frankfurt am Main
- Elias, N., 2002b [1976]: ›Zur Theorie von Etablierten–Außenreiter Beziehungen‹, in *Elias und Scotson (2002 [1965]: 285-308)*
- Elias, N., 2002c [1990]: ›Weitere Facetten der Etablierten–Außenreiter Beziehung: Das Maycomb-Modell (2002c [1990]) in *Elias und Scotson (2002, 7-56)*
- Elias, N., 2005 [1989]: *Studien über die Deutschen*. Frankfurt am Main
- Elias, N., 2006: *Was ist Soziologie?* Frankfurt am Main
- Elias, N. and John L. S., 2002 [1965]: *Etablierte und Außenreiter*. Frankfurt am Main
- Garland, D., 2011: *America's Death Penalty: Between Past and Present*. Albany, NY
- Gilens, M. and Benjamin I. Page, 2014: ›Testing theories of American politics: elites, interest groups, and average citizens‹, *Perspectives on Politics*, 12: 564-81
- Goudsblom, J., 1998: ›The Formation of Military–Agrarian Regimes‹, in *Johan Goudsblom, Eric Jones and Stephen Mennell, The Course of Human History: Economic Growth, Social Process, and Civilization*. Armonk, NY: 49-62
- Goudsblom, J., 2001: ›The paradox of pacification‹, <http://www.norberteliasfoundation.nl/network/essays.php>, downloaded 26 July 2014
- Gumbel, A., 2005: *Steal this Vote: Dirty Elections and the Rotten History of Democracy in America*. New York
- Jenkins, S., 2014: ›Ukraine has revealed the new world of Western impotence‹, *The Guardian*, 5 March
- Jennings, I., 1956: *The Approach to Self-Government*. Cambridge
- Johnson, C., 2001: *Blowback: The Costs and Consequences of American Empire*. Boston
- Johnson, C., 2004: *The Sorrows of Empire: Militarism, Secrecy, and the End of the Republic*. London
- Johnson, C., 2006: *Nemesis: The Last Days of the American Republic*. New York
- Kennan, G. F., 1997: ›A fateful error‹, *New York Times*, 5 February
- Krasner, S. D., 1999: *Sovereignty: Organized Hypocrisy*. Princeton: NJ
- Linklater, A., 2011: *The Problem of Harm in World Politics*, vol. 1. Cambridge
- Mandelbaum, M., 2006: *The Case for Goliath: How America acts as the World's Government in the Twenty-First Century*. New York
- Mann, M., 2004: *Incoherent Empire*. London
- Mearsheimer, J. J., 2014: ›Why the Ukraine crisis is the West's fault: the liberal delusions that provoked Putin‹, *Foreign Affairs*, September/October
- Mennell, S., 2007: *The American Civilising Process*. Cambridge
- Mennell, S., 2014a: ›Globalisation and the American Dream‹, *Human Figures* 3: 2 (2014), <http://quod.lib.umich.edu/h/humfig/11217607.0003.206/-globalisation-and-the-american-dream?rgn=main;view=fulltext>
- Mennell, S., 2014b: ›What economists forgot (and what Wall Street and the City never learned): a sociological perspective on the crisis in economics‹, *History of the Human Sciences* 27: 20-37
- Nye, J. S., Jr, 2003: *The Paradox of American Power: Why the World's Only Superpower Can't Go It Alone*. New York
- Obama, B. H., 2013: ›Speech at National Defense University, Fort McNair‹, 23 May
- Obama, B. H., 2014: ›Remarks by the President at the United States Military Academy Commencement Ceremony, West Point, NY‹, 28 May
- Piketty, T., 2013: *Capital in the Twenty-First Century*. Cambridge MA
- Pilkington, E., 2014: ›US official apologises to EU counterparts for undiplomatic language‹, *The Guardian*, 6 February –<http://www.theguardian.com/world/2014/feb/06/us-ukraine-russia-eu-victoria-nuland>
- Spierenburg, P., 2006: ›Democracy came too early: a tentative explanation for the problem of American homicide‹, *American Historical Review* 111 (1): 10-14
- Stiglitz, J., 2006: *Making Globalization Work* (London: Allen Lane, 2006)
- Stiglitz, J., 2014: ›In hedge fund, Argentina finds relentless foe‹, *New York Times*, 31 July
- Teachout, Z., 2014: *Corruption in America: From Benjamin Franklin's Snuff Box to Citizens United*. Cambridge, MA
- United States Government, 2002: ›The National Security Strategy of the United States of America‹. Washington, DC

- Vidal, G., 2004: *Imperial America: Reflections on the United States of Amnesia*. London
- Weber, M., 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen
- Wilterdink, N., 2000: ›The internationalisation of capital and trends in income inequality in Western societies‹, in Don Kalb, et al. (eds), *The Ends of Globalization*. Lanham, MD: 187-200
- Wolferen, K. v., 2014: ›The Ukraine, Corrupted Journalism, and the Atlanticist Faith‹ (9 August) and ›The Insidious Power of Propaganda‹ (2 September), at www.karelvanwolferen.com (downloaded 7 September 2014)

Abstract

America's power position in the world – although less unchallenged than it once was, or perhaps because of that – has made it especially susceptible to hypocrisy and collective self-delusion, to what the Greeks called hubris; this continues to lead its foreign policy into unanticipated disasters. The syndrome is discussed with special reference to the Ukraine crisis of 2014, although the morass of American policy in the Middle East would yield even more dramatic examples. Norbert Elias's theory of established-outsider relationships is deployed in understanding how the USA relates to the rest of the world, together with Elias's idea of the duality of normative codes in nation states. The formation of we-images and associated we-feelings, based on a highly selective ›minority of the best‹, feeds into a collective self-stereotype of unquestioned virtue and self-righteousness on the part of the more powerful party to a conflict. The formation of exaggerated they-images of other players, based on a ›minority of the worst‹, is a complementary part of the process. But the process also leads to a neglect of the corresponding negative they-images of the USA (and its allies) that are formed on the side of the weaker outsider groups – and this neglect becomes especially dangerous as the outsiders gradually become relatively more powerful.